

Protokoll

des Einwohnerrates Zofingen

Amtsperiode 2014/17

2. Sitzung vom Montag, 20. Juni 2016, 18.00 – 20.34 Uhr im Stadtsaal

Vorsitz

Miriam Ruf-Eppler, Ratspräsidentin

Protokollführerin

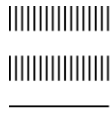
Cornelia Zürcher, Stadtschreiberin

Anwesend

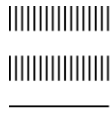
- 37 Mitglieder des Einwohnerrates
- 7 Mitglieder des Stadtrates

Entschuldigungen

- Adrian Borer, Einwohnerrat
- Michael Müller, Einwohnerrat
- Marco Negri, Einwohnerrat



Traktandenliste	Seite
1. Inpflichnahme	
Inpflichnahme von Esther Manitta (DYM/EVP)	210
2. Mitteilungen	210
3. Ersatzwahl	
GK 125	211
Ersatzwahl eines Mitglieds der Finanz- und Geschäftsprüfungs- kommission für den Rest der laufenden Amtsperiode 2014/17 (Ersatz für Marcel Thüler, SP/JUSO, sp)	
4. Einbürgerungen	
6 Einbürgerungsgesuche (GK 116 bis GK 121)	212
5. Jahresbericht und Jahresrechnung	
GK 113	213
Jahresbericht und Jahresrechnung 2015 der Einwohnergemeinde	
6. Regionale Zusammenarbeit	
GK 122	218
Genehmigung des Gemeindevertrages über die Zusammenarbeit in der Sozialhilfe und im Kindes- und Erwachsenenschutz mit der Ge- meinde Uerkheim	
7. Abwasserbeseitigung	
GK 112	220
Bewilligung Investitionskredit 2016 für die Sanierung des Abwassernetzes Zofingen und Ortsteil Mühlethal (Umsetzung GEP)	
8. Kreditbewilligungen	
GK 123	221
Altachenbach – Sanierung der Eindolung im Abschnitt Rotfarbstrasse bis Wigger	
GK 124	222
Hauptstrasse K315 Mühlethal – Ausbau (2. Etappe, Abschnitt Geiser- strasse bis Linden), Hauptstrasse mit Radstreifen, Rad- und Gehweg, Strassenbeleuchtung und Bus-Warteeinrichtungen	
9. Parlamentarische Vorstösse	
GK 68	225
Interpellation der SP/JUSO-Fraktion vom 20. Oktober 2014 betr. Spar- massnahmen im Budget des Kantons: Auswirkungen auf die Finanzen der Stadt Zofingen (Begründung; Antwort Stadtrat)	



GK 104 225
Interpellation der SP/JUSO-Fraktion vom 19. Oktober 2015 betr. Beantwortung von GK 68 (Begründung; Antwort Stadtrat)

GK 105 225
Interpellation der SP/JUSO-Fraktion vom 19. Oktober 2015 betr. Sparmassnahmen im Budget des Kantons: Auswirkungen auf die Finanzen der Stadt Zofingen [Version 2015] (Begründung; Antwort Stadtrat)

10. Umfrage 226



Begrüssung

Miriam Ruf-Eppler, Ratspräsidentin

Die Präsidentin begrüsst die anwesenden Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte, die Mitglieder des Stadtrates, die neue Ratssekretärin, die Kaderleute der Verwaltung, den Stadtweibel, die Stadtsaalcrew sowie die anwesenden Medienschaftenden, die Zuhörenden und Gäste auf der Tribüne zur heutigen Sitzung und gibt die Entschuldigungen von Adrian Borer, Michael Müller und Marco Negri bekannt. Zudem ist Einwohnerrätin Sandra Olar noch nicht anwesend. Stadtrat Dominik Gresch ist wegen eines technischen Defekts des Zuges, in dem er angereist ist, ganz wenig verspätet eingetroffen.

Die zur Diskussion gestellte **Traktandenliste** wird ohne Änderungen **genehmigt**.

Inpflichtnahme

Miriam Ruf-Eppler, Ratspräsidentin

Die Einwohnerrätin Esther Manitta wird gebeten, für die Inpflichtnahme vor den Stadtrat zu treten. Alle Anwesenden, inkl. Zuhörerinnen und Zuhörer auf der Tribüne, werden gebeten, sich während der Inpflichtnahme von ihren Plätzen zu erheben.

Cornelia Zürcher, Ratssekretärin

Sie verliest die Gelübdeformel: „Ich gelobe, als Mitglied des Einwohnerrates die Ehre und die Wohlfahrt der Stadt Zofingen zu fördern und gemäss den Verfassungen und Gesetzen nach bestem Wissen und Gewissen zu handeln.“

Die Einwohnerrätin Esther Manitta leistet das Amtsgelübde durch Nachsprechen der Worte „Ich gelobe es“.

Miriam Ruf-Eppler, Ratspräsidentin

Sie wünscht der neuen Einwohnerrätin viel Freude bei der politischen Arbeit und bedankt sich für ihr Engagement für die Stadt Zofingen.

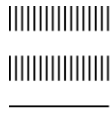
Inzwischen ist auch Sandra Olar eingetroffen, daher ist der Rat mit **37 Mitgliedern verhandlungsfähig**.

Mitteilungen

Bekanntgabe des **Resultats** der **kommunalen Volksabstimmung** vom 5. Juni 2016:

Kreditbewilligung für den Neubau des Quartierschulhauses im Bildungszentrum Zofingen

Anzahl Stimmberechtigte		7'842
In Betracht fallende Stimmzettel		3'653
Stimmbeteiligung		47,2 %
Ergebnis	3'061 JA	592 NEIN



Die Einwohnerratsmitglieder wurden am vergangenen Freitag per E-Mail mit der per 1. April 2016 aktualisierten Adressliste und der aktuellen Sitzordnung bedient.

Das Protokoll der Einwohnerratssitzung vom 14. März 2016 gilt als genehmigt, da innerhalb der Frist, welche am 18. April 2016 abgelaufen ist, keine Einwendungen erfolgten.

Von Arthur Senn ist ein Dankesschreiben eingetroffen, welches von der Einwohnerratspräsidentin verlesen wird.

Als Tischaufgabe erhalten die Ratsmitglieder:

- Geschäftsbericht 2015 der StWZ Energie AG
- Programm Zofinger Kinderfest vom 1. Juli 2016 mit Einladung zum Behörden-Apéro im Rathaus

Neueingänge

Folgende parlamentarischen Vorstösse sind neu eingegangen:

- Interpellation der Fraktion DYM (CVP/EVP, glp) betr. Mittelland-Arena auf Parzelle 3041 - weshalb?
- Interpellation von Urs Plüss (DYM/EVP) betr. Kundenfreundliche Steuerverwaltung
- Interpellation der SVP-Fraktion betr. Steuerfussanpassung $\leq 100\%$

Art. 61

Ersatzwahl

GK 125

Ersatzwahl eines Mitglieds der Finanz- und Geschäftsprüfungskommission für den Rest der laufenden Amtsperiode 2014/17 (Ersatz für Marcel Thüler, SP/JUSO, sp)

Marcel Thüler (SP/JUSO, sp) hat am 19. April 2016 seine Demission als Mitglied der FGPK per 30. Juni 2016 eingereicht und muss ersetzt werden. Die Präsidentin dankt ihm für die mehr als 8-jährige Arbeit und den grossen Einsatz in dieser Kommission.

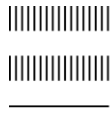
Das Wahlbüro wird wie folgt vorgeschlagen:

- Catrin Friedli, Vizestadtschreiberin
- Tom Eichenberger, Stadtweibel
- Pascal Stenz, FDP, und
- Martin Willisegger, SVP

Da keine Einwendungen gegen die Zusammensetzung des Wahlbüros erfolgen, gilt dieses als gewählt.

Marcel Thüler, Fraktionschef SP/JUSO

Für den vakanten Sitz in der FGPK wird **Franziska Kremer** vorgeschlagen, welche seit 2014 Mitglied des Einwohnerrates ist. Als ausgebildete Sozialpädagogin, welche im Justizvollzug des Kantons Aargau arbeitet, wird sie mit ihrem interdisziplinären Rucksack die FGPK bestens ergänzen.



Miriam Ruf-Eppler, Ratspräsidentin

Nachdem das Wort nicht mehr verlangt wird, werden die bereits an den Plätzen bereitliegenden Wahlzettel ausgefüllt und anschliessend eingezogen.

Während der Auszählung der Stimmen werden die Beratungen fortgesetzt.

Ergebnis der Ersatzwahl

Eingelangt sind 37 Stimmzettel, davon war keiner leer oder ungültig. Somit fallen 37 Stimmzettel in Betracht. Absolutes Mehr: 19

Die vorgeschlagene Franziska Kremer, SP/JUSO, sp, wird mit 36 Stimmen als Mitglied der FGPK gewählt.

Die Gewählte erklärt mündlich Annahme der Wahl.

(Applaus)

Art. 62

Einbürgerungen

GK 116 bis GK 121

Miriam Ruf-Eppler, Ratspräsidentin

Die Geschäfte GK 116 bis GK 121 werden gemeinsam beraten. Die Abstimmungen erfolgen jedoch einzeln.

Barbara Willisegger, Referentin FGPK

Im Anschluss an die vorgängigen Prüfungen durch Stadtrat und Einbürgerungskommission hat die FGPK am 2. Juni 2016 nach eingehender Diskussion betr. Beherrschung der deutschen Sprache sowie bezüglich Hauptwohnsitz einzelner Gesuchsteller allen 6 Gesuchen (GK 116 bis GK 121) zugestimmt. Alle Gesuchstellenden sind bestens integriert und erfüllen die rechtlichen Voraussetzungen.

Eintreten ist nicht bestritten. Das Wort wird nicht verlangt. Es folgen die Abstimmungen über die stadträtlichen Anträge:

GK 116

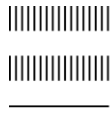
Dem stadträtlichen Antrag wird mit 33:0 Stimmen zugestimmt.

GK 117

Dem stadträtlichen Antrag wird mit 36:0 Stimmen zugestimmt.

GK 118

Dem stadträtlichen Antrag wird mit 36:0 Stimmen zugestimmt.



GK 119

Dem stadrätlichen Antrag wird mit 36:0 Stimmen zugestimmt.

GK 120

Dem stadrätlichen Antrag wird mit 35:1 Stimmen zugestimmt.

GK 121

Dem stadrätlichen Antrag wird mit 36:0 Stimmen zugestimmt.

Den Antragstellerinnen und Antragstellern wird vom Ratspräsidium gratuliert.

(Applaus)

Art. 63

Jahresbericht und Jahresrechnung

GK 113

Jahresbericht und Jahresrechnung 2015 der Einwohnergemeinde

Robert Weishaupt, Präsident FGPK

Die Jahresrechnung, welche erfreuliche Komponenten enthält, wurde zum zweiten Mal nach HRM2 abgeschlossen. So liegt der Gesamtsteuerertrag mit 8,2 % über und der Nettoaufwand mit 6,7 % unter dem Budget, was zu einer Selbstfinanzierung von CHF 7,62 Mio. führt und den budgetierten Wert von CHF 2,88 Mio. massiv übersteigt. Dadurch beträgt der Finanzierungsfehlbetrag erfreulicherweise nur CHF 2,5 Mio. Trotz des guten Rechnungsabschlusses erhöht sich die Nettoschuld auf mehr als CHF 9 Mio., was pro Einwohner einen Wert von CHF 794 ergibt. Obwohl sich Zofingen über den Rechnungsabschluss freuen darf, ist kein Platz für neue Begehrlichkeiten. Schaut man in die Zukunft, so darf man sich bereits freuen, wenn die Hälfte der diesjährigen Selbstfinanzierung erreicht werden kann.

Die Rechnung des Seniorenzentrums hat demgegenüber massiv schlechter abgeschlossen als budgetiert. Der Neubau sowie der Umbau haben deutliche Spuren in der Buchhaltung hinterlassen. Die Ausgaben waren höher als geplant und die Einnahmen bedeutend tiefer, was zu einem grösseren Finanzierungsfehlbetrag führte. Dieser konnte diesmal noch durch Rückstellungen aufgefangen werden. Die FGPK ist sich aber einig, dass es zu keinen weiteren Verlusten dieses Eigenwirtschaftsbetriebes kommen darf. Deswegen wird sich der Fokus der Kommission etwas genauer auf das Seniorenzentrum richten. Im August 2016 sind daher die verantwortliche Ressortleiterin und die Geschäftsführerin des Seniorenzentrums eingeladen, der FGPK die ersten beiden Quartalsreportings und den Ausblick auf das restliche Jahr zu präsentieren. Je nach Resultat werden allenfalls weitere Massnahmen erforderlich sein.

Weiterhin liegt der Fokus noch immer auf der Bauverwaltung. Das Postulat der FGPK wurde überwiesen, die Analysen laufen und es ist davon auszugehen, dass der Stadtrat eine detaillierte Antwort und Massnahmen präsentieren wird. Es bleibt zu hoffen, dass danach deutlich spürbare Verbesserungen wahrzunehmen sind, welche bis zur Bevölkerung durchdringen werden.

Bei der diesjährigen Rechnungsprüfung sind immer wieder die vielen Projekte, Konzepte und Optimierungsmassnahmen aufgefallen, die zurzeit in Bearbeitung sind, obwohl Zeit und Ressourcen dafür eigentlich nicht vorhanden sein sollen. Wer früher viele Sachen gleichzeitig angefangen hat, galt als Chaot; in der heutigen Zeit wird man als Multitasking-Talent gehandelt. In der Arbeitswelt muss immer alles schneller gehen, eine Flut an Mails, Telefonen und Terminen stürmen tagtäglich auf einen ein. Um keine Abgabetermine zu verpassen, erfolgen Eingaben in aller Eile und in letzter Minute, ohne dass auf das Erscheinungsbild noch gross Wert gelegt wird. Vielleicht fehlt es einfach an Organisationstalent? Ganz sicher fehlt es jedoch am Setzen von Prioritäten. Es wäre besser, sich auf eine Sache zu konzentrieren, anstatt 10 Dinge auf einmal erledigen zu wollen. Deshalb soll auch Zofingen darauf setzen, diejenigen Projekte weiterzuverfolgen, welche die Stadt und ihre Bürgerinnen und Bürger weiterbringen und auf den Rest zu verzichten.

Die FGPK hat die Jahresrechnung und den Jahresbericht 2015 anhand der vorgegebenen Vorschriften und Richtlinien geprüft. Die externe Revision wurde von Gruber Partner AG durchgeführt. Nebst den allgemeinen Prüfungstätigkeiten wurden insbesondere die Abteilungen 6 und 9 genauer geprüft. Abschliessend ist festzuhalten, dass aufgrund der anstehenden und geplanten Investitionen die Verschuldung bis 2019 auf CHF 27 Mio. ansteigen wird.

Die FGPK empfiehlt einstimmig (mit 6:0 Stimmen) die Zustimmung zu allen Anträgen und bedankt sich bei allen Beteiligten für die sehr konstruktive Zusammenarbeit und die Bereitschaft zur Auseinandersetzung mit ihrer Arbeit und Leistung. Insbesondere bedankt sich der Präsident bei Stadtkammann Hans-Ruedi Hottiger, dem Leiter Finanzen und Controlling, René Küng, und seinem ganzen Team für die kompetente Begleitung der FGPK durch den Prüfungsprozess. Nicht zuletzt dankt er auch seinen FGPK-Kolleginnen und -kollegen für die in die Rechnungsprüfung investierte Zeit, bevor er mit einem Zitat schliesst: „Erfolg hat nichts mit einem Wunder zu tun, sondern mit konzentrierter Arbeit“.

Eintreten ist nicht bestritten.

Marco Arni, Fraktionschef DYM

Die Stadt hat einen finanzpolitischen Hattrick erzielt. Zum dritten Mal in Folge hat die Rechnung das Budget übertroffen, was erfreulich ist. Leider ist der Match noch nicht zu Ende, weshalb man nicht in Freude ausbrechen sollte. Die Sparmassnahmen des Kantons, die Auswirkungen des Finanzausgleichs, die umstrittene Steuerreform auf Bundesebene mit Auswirkungen bis auf Gemeindeebene sowie die unsichere wirtschaftliche Entwicklung usw. lassen die Aussichten nicht sehr rosig erscheinen.

Für den guten Rechnungsabschluss 2015 darf jedoch Lob ausgesprochen werden, vor allem der Stadtverwaltung mit ihrer erneut hohen Budgetdisziplin, die nicht selbstverständlich ist. Auch den Steuerzahlenden, die einen höheren Steuerertrag abgeliefert haben, ist zu danken. Durch das quantitative Wachstum, welches zu höheren Erträgen führt, werden längerfristig jedoch auch höhere Ausgaben generiert. Schlüsse über das qualitative Wachstum können momentan noch keine gezogen werden. Spezieller Dank gilt auch der Finanzverwaltung, welche die aktuelle Marktsituation ausgenützt und zu äusserst guten Konditionen Geld aufnehmen konnte. Damit generiert die wachsende Schuldenlast zumindest nicht allzu hohe Zinsen. Auch wurden alle vorgängig gestellten Fragen im Fragenkatalog der DYM von der Finanzverwaltung rasch und kompetent beantwortet.

Die nicht transparente Vollkostenrechnung im Seniorenzentrum trübt das Bild. Mit Befriedung wurde aber zur Kenntnis genommen, dass die FGPK sich der Sache annehmen wird. Dieser wird ein Lob für die kritische und faire Prüfung ausgesprochen.

Die Fraktion DYM ist erfreut über den Rechnungsabschluss 2015 und wird allen Anträgen des Stadtrates zustimmen.

Markus Gfeller, Fraktionschef SVP

Die SVP-Fraktion beurteilt den Rechnungsabschluss 2015 positiv. Es finden sich in vielen Bereichen Minderausgaben und diverse Positionen stehen im Zusammenhang mit dem Optimierungsprogramm. Die höheren Steuererträge der natürlichen Personen sind sehr erfreulich. Die Geldflussrechnung zeigt einen massiven Geldfluss aus Finanzierungstätigkeit, was bedeutet, dass Schulden gemacht werden mussten, um die Ausgaben zu bezahlen. Nebst den Investitionen ist dies auch eine Folge der hohen Zahlungen an die APK.

Der Erfolgskontrolle im Jahresbericht kann entnommen werden, dass die Portfoliostrategie zu den Liegenschaften weit fortgeschritten ist, man aber noch auf die Portfoliostrategie der Ortsbürger warten müsse. Dabei handelt es sich um eine neue Begründung für die Verzögerung. Die im Postulat der FGPK zur Bauverwaltung aufgeführte Chronologie beginnt im Jahr 2006. Daher kann man mit der Entwicklung bis ins Jahr 2016 nicht zufrieden sein.

Dem Stadtrat, der Verwaltung und der FGPK wird für die umfangreiche Berichterstattung für das insgesamt gute Ergebnis 2015 gedankt. Die SVP-Fraktion wird allen Anträgen zustimmen.

Jakob Lang, Fraktionschef FDP

Auch die FDP nimmt den guten Jahresabschluss gerne zur Kenntnis. Es ist festzustellen, dass einerseits die hohen Steuereinnahmen viel zu diesem Ergebnis beigetragen haben – dies trotz der kantonalen Steuergesetzrevision. Andererseits hat auch die gute Ausgabendisziplin mitgeholfen. Offenbar hat die Regierung gut gewirtschaftet. Als wichtiger Startpunkt ist das Optimierungsprogramm zu nennen. Daran muss weiterhin festgehalten und das Notwendige muss weiterhin klar vom Wünschbaren getrennt werden. Auf einen grossen Teil der Ausgaben hat die Stadt keinen Einfluss, weshalb Zofingen stark gefordert sein wird, die notwendigen Mittel zu erwirtschaften.

Es ist erfreulich, dass die geplanten Investitionen zu einem grossen Teil auch getätigt werden konnten. Für 2015 heisst es deshalb „Ende gut – alles gut.“ Für die Zukunft sollte dieser Schwung mitgenommen werden, die Effizienz und Effektivität im Handeln soll aufrecht erhalten bleiben, um die herausfordernde Zukunft mit vielen Investitionen erfolgreich meistern zu können.

Die FDP-Fraktion wird den stadträtlichen Anträgen zustimmen.

Marcel Thüler, Fraktionschef SP/JUSO

Es ist eine Tatsache, dass die Verwaltung in den letzten Jahren wirklich diszipliniert gearbeitet und sich der Rat ebenfalls sehr diszipliniert verhalten hat. Er hat sich als Stichwort „was sind allzu hohe Schulden?“ notiert. Diese Frage muss in den nächsten Monaten und Jahren zentral thematisiert werden.

Als erstes bedankt sich Marcel Thüler aber bei den Mitarbeitenden der Verwaltung für die geleistete Arbeit unter teilweise erschwerten Bedingungen und für das Mittragen der Sparmassnahmen. Zudem dankt er allen an der Rechnungsprüfung beteiligten Personen.

In der Fraktion wurde rasch einmal über die Verschuldenssituation diskutiert. Es soll kein Rückblick sondern ein Ausblick erfolgen. Anfangs 2000 und in den folgenden Jahren war Zofingen damit beschäftigt, Schulden aus der Vergangenheit abzubauen und verzichtete auf grössere Investitionen. Daraus resultierte ein Investitionsstau, weshalb heute einige Investitionen nachgeholt werden müssen. Der Stadtrat aktualisiert nun alljährlich den Investitionsplan, so dass sich dieser transparenter und vielleicht etwas ehrlicher darstellt. Es ist korrekt, dass aktuell zu sehr günstigen Konditionen am Kapitalmarkt Geld aufgenommen werden kann, was dazu verleiten könnte, viel und schnell zu investieren. Die Schulden bleiben – auch bei einem tiefen Kapitalzins – und müssen refinanziert werden. So rechnet der Stadtrat ab 2027 mit rund CHF 27 Mio. Schulden, er selber geht von einem noch

höheren Betrag aus, falls der vorliegende Investitionsplan umgesetzt wird. Es wird sich zudem zeigen, ob das quantitative und qualitative Bevölkerungswachstum und das bessere Steuersubstrat wirklich nachhaltig eintreten werden. Eine höhere Bevölkerungszahl wird auch zu Skaleneffekten führen. Ausserdem bleiben die Auswirkungen der Unternehmenssteuerreform abzuwarten.

Obwohl die SP/JUSO-Fraktion zu den aufgeworfenen Fragen ebenfalls keine Antworten hat, ist sie doch der Meinung, dass es nicht ausreicht, in den nächsten Jahren Schulden anzuhäufen, ohne Ideen, wie damit umzugehen sein wird. Es kann nicht die Lösung sein, in 10 Jahren keine Investitionen mehr zu tätigen, sondern nur noch die Schulden zu refinanzieren. Schliesslich wird auch die kommende Generation Ansprüche stellen. „Wer bezahlt wann das Leben, das wir uns heute leisten?“ wird die zentrale Frage sein, die sich der Einwohnerrat stellen und die in der Budgetdebatte und bei zukünftigen Investitionen gut geprüft werden muss. Evtl. wäre es eine Überlegung wert, projektgebundene Steuererhöhungen in Betracht zu ziehen, damit die Finanzierung bereits längerfristig geplant und keine neue Verschuldung notwendig wäre.

Die SP/JUSO-Fraktion wird lediglich Antrag 5.1 nicht zustimmen und macht beliebt, das Postulat betr. Strategie und Organisation der Zofinger erzo-Delegation nicht als erledigt abzuschreiben.

Hans-Ruedi Hottiger, Stadtmann

Er möchte zu den Ausführungen von Marcel Thüler kurz Stellung beziehen. Die Exekutive führt die Diskussion betr. Schuldenhöhe praktisch permanent. Im 2010 war man bestrebt, eine Maximalschuldenlast von CHF 15 Mio. nicht zu überschreiten, was einer Pro-Kopf-Verschuldung von CHF 1'500 entsprach. In der damaligen Prognose ging man von einer Selbstfinanzierungsrate von max. CHF 3 Mio. aus. Mit dieser Berechnung hätte die Schuldenabtragung 5 Jahre gedauert (ohne weitere Investitionen). Heute kann man von einer höheren Maximalschuldengrenze ausgehen, aktuell geht man von CHF 30 Mio. aus, was einer Verschuldung von CHF 2'500 pro Einwohner/in entspricht. Gemäss den Ausführungen des Kantons ist eine Verschuldung bis CHF 2'000 problemlos möglich. Für die längerfristige Prognose geht der Stadtrat von einer Selbstfinanzierung von CHF 6 Mio. aus, was wiederum eine 5-jährige Rückzahlungsdauer ergeben würde.

Die Höhe der Kreditzinsen ist nur ein Faktor, der andere –ebenso wichtige – ist die Höhe der Selbstfinanzierung. Aufgrund der tiefen Zinsen ist momentan eine gute Phase für Investitionen. Es wird immer Phasen mit höheren Investitionen und andere mit weniger Investitionen geben. Es ist natürlich ideal, wenn diese der Zinssituation angepasst werden können. Zurzeit dienen ungefähr $\frac{3}{4}$ der Investitionen dem Werterhalt und nicht neuen Projekten. Wenn diese Investitionen nicht getätigt werden, häufen sich nicht die finanziellen, sondern die Investitionsschulden an. Egal welche Variante gewählt wird, die Konsequenzen trägt die nächste Generation. Deshalb soll das Investitionsprogramm mit der gebotenen Vorsicht weitergeführt werden.

Bezüglich Steuergesetzrevision war zu erwarten, dass eine Reduktion von 5 % eintreten würde. Trotz dieser kalkulierten Reduktion resultierte ein Zuwachs von 2 %. Das zeigt, dass eine Veränderung im Steuersubstrat und in der Steuerkraft eingetreten ist. In den letzten 3 bis 4 Jahren hat sich das Steuersubstrat der natürlichen Personen um ca. CHF 2 bis CHF 2,5 Mio. verändert. Wenn dies auf einen Steuerfuss umgelegt wird, ist eine Veränderung von 6 bis 8 % eingetreten. Der gewählte Weg, eine attraktive Stadt mit guten Wohnmöglichkeiten zu sein, scheint somit erfolgreich.

Miriam Ruf-Eppler, Ratspräsidentin

Die **Jahresrechnung** wird im Detail beraten und abschnittsweise zur Diskussion gestellt. Dabei erfolgen keine Wortmeldungen.

Der **Jahresbericht** wird gesamthaft zur Diskussion gestellt.

Christian Läubli, FDP

Seine Frage betrifft Seite 47 bzw. 48, **7. Finanzen im Überblick**. Bei den Diskussionen wurde bereits erwähnt, dass das **Seniorenzentrum** Sorge bereitet und man weiterhin ein Auge darauf halten muss. Nachdem alle zuständigen Personen anwesend sind, fragt er Stadträtin Rahela Syed an, ob man sich tatsächlich bewusst ist, was dieses negative Ergebnis bedeutet, welche Konsequenzen daraus zu ziehen sind und ob im kommenden Jahr mit einem positiven Abschluss gerechnet werden darf.

Rahela Syed, Stadträtin

Es ist natürlich zu hoffen, dass ein positives Ergebnis ausgewiesen werden kann. Im Seniorenzentrum wird monatlich ein Controlling durchgeführt. Zudem erfolgt zusammen mit dem Leiter Finanzen und Controlling, René Küng, jeweils ein 3-monatliches Reporting. Das Ziel besteht einerseits in einer hohen Zimmerbelegung, die Zimmer sollen nach Todesfällen rasch möglichst wieder vergeben werden. Andererseits werden auch die Abläufe überprüft. Ausserdem werden diverse Anschaffungen zurückgestellt.

Nachdem das Wort zum Jahresbericht nicht mehr verlangt wird, folgen die Abstimmungen über die stadträtlichen Anträge:

1. *Der Jahresbericht der Einwohnergemeinde für das Jahr 2015 sei zu genehmigen.*

Der stadträtliche Antrag wird mit 36:0 Stimmen angenommen.

2. *Die Jahresrechnung der Einwohnergemeinde für das Jahr 2015 sei unter dem Vorbehalt von Irrtum und Missrechnung zu genehmigen.*

Dem stadträtlichen Antrag wird mit 36:0 Stimmen zugestimmt.

3. *Die Abrechnungen über die nachfolgenden Verpflichtungskredite seien unter dem Vorbehalt von Irrtum und Missrechnung zu genehmigen:*

- 3.1 *Umsetzung Generelle Entwässerungsplanung (GEP) 2013 (GK 149)*

Der stadträtliche Antrag wird mit 36:0 Stimmen angenommen.

- 3.2 *Erneuerung und Ausbau Informatik-Strukturen der Stadtverwaltung (Phasen 1 bis 3) (GK 78)*

Dem stadträtlichen Antrag wird mit 36:0 Stimmen zugestimmt.

4. *Die Abrechnungen über die nachfolgenden Budgetkredite seien unter dem Vorbehalt von Irrtum und Missrechnung zu genehmigen:*

- 4.1 *Kindergarten Kornhaus: Instandsetzung (Kto. 2171.5040.01)*

Der stadträtliche Antrag wird mit 36:0 Stimmen angenommen.

- 4.2 *Kindergarten Mühlematt: Instandsetzung und innere Umbauarbeiten (Kto. 2171.5040.02)*

Dem stadträtlichen Antrag wird mit 36:0 Stimmen zugestimmt.

4.3 *Altes Schützenhaus: Instandsetzung Fassaden (Kto. 0290.5040.04)*

Der stadträtliche Antrag wird mit 36:0 Stimmen angenommen.

4.4 *Gemeindeschulhaus GMS: Instandsetzung Fassaden (Kto. 2170.5040.13)*

Der stadträtliche Antrag wird mit 36:0 Stimmen angenommen.

4.5 *Feuerwehrmagazin: Ersatzbeschaffung Kompressoren und Nachrüstung Brandmeldeanlagen (Kto. 1500.5040.01)*

Der stadträtliche Antrag wird mit 36:0 Stimmen angenommen.

5. *Folgende Postulate seien als erledigt von der Kontrolle abzuschreiben:*

5.1 *GK 49 Postulat der SP-Fraktion vom 20. Juni 2014 betr. „Strategie und Organisation der Zofinger erzo-Delegation“*

Die Abschreibung des Postulats wird mit 24:10 Stimmen abgelehnt

5.2 *GK 76 Postulat der SP-Fraktion vom 16. März 2016 betr. „Sichere Überquerungsmöglichkeit der Mühlemattstrasse/NK 204“*

Das Postulat wird mit 36:0 Stimmen als erledigt abgeschrieben.

Sitzungspause

Art. 64

Regionale Zusammenarbeit

GK 122

Genehmigung des Gemeindevertrages über die Zusammenarbeit in der Sozialhilfe und im Kindes- und Erwachsenenschutz mit der Gemeinde Uerkheim

Michael Wacker, Referent FGPK

Hätte der Einwohnerrat vor knapp einem Jahr dem Stadtrat die beantragte Kompetenzdelegation erteilt, müsste sich das Gremium heute nicht mit diesem Geschäft befassen. Der damalige Entscheid war seiner Ansicht nach jedoch richtig. In der FGPK gab es diverse Verständnisfragen und Fragen finanztechnischer Art zu dieser Vorlage und es konnte ein guter Einblick gewonnen werden, was in diesem hochdynamischen Geschäft vor sich geht. Die Varianten der Kostenmodelle wurden verständlich erklärt und die FGPK führte eine konstruktive Diskussion mit dem Resultat, dass dem Einwohnerrat die Genehmigung dieses Vertrages einstimmig empfohlen werden kann.

Eintreten ist nicht bestritten.

Stefan Giezendanner, SVP

Die SVP-Fraktion hat sich einige Gedanken zu diesem Geschäft gemacht. Der Bereich Soziales führt bereits die Mandate für 5 Gemeinden. Zofingen als Zentrumsgemeinde hat einiges zu bieten (Skaleneffekte etc.). Durch das Anbieten dieser Dienstleistung kann die Zentrumsfunktion weiter ge-

stärkt werden. Die Kostenaufstellung in der Vorlage ist transparent und folgerichtig dargestellt. Vernünftig ist auch die quartalsweise Abrechnung. Allerdings gibt es auch einen negativen Punkt. Dieser betrifft den Aufbau und den Erhalt der Infrastruktur. Was wird mit dieser Infrastruktur passieren, wenn Uerkheim und/oder andere Gemeinden den Vertrag auflösen sollten? Da eine solche Gefahr aber eher als klein einzustufen und eine frühzeitige Reaktion auf ein solches Szenario möglich ist, wird die SVP-Fraktion die Vorlage vollumfänglich unterstützen.

Christian Läubli, FDP

Die FDP-Fraktion hat dieses Geschäft ebenfalls beraten und kurz über die Motivation von Uerkheim für diese Anfrage diskutiert. Es wird aber nicht weiter darüber geurteilt, welche Absichten dahinter stehen. Die Beurteilung erfolgt abschliessend aus der Sicht der Stadt Zofingen als Zentrums-gemeinde. Die FDP ist der Meinung, dass durch den Abrechnungsmodus das Geschäft transparent ist und es sich um eine gute Lösung handelt. Die Vorlage findet deshalb die Zustimmung der FDP-Fraktion.

Irma Jordi, DYM

Die Fraktion DYM wird das Geschäft einstimmig .guteheissen. Es wird begrüsst, dass dadurch Synergien genutzt und die Kosten optimiert werden. Zu der Kostenaufstellung auf Seite 4 ist noch eine Frage offen. Die Fraktion DYM kann sich die Differenz der beiden Kostenmodelle von CHF 23'854 nicht erklären, weshalb um eine kurze Ausführung dazu gebeten wird.

Franziska Kremer, SP/JUSO

Auch die SP/JUSO-Fraktion kann nach erfolgter Diskussion GK 122 zustimmen. An dieser Stelle wird dem Bereich Soziales der Dank für die gute Arbeit ausgesprochen. Die Leistungen werden geschätzt, weshalb man diese Dienstleistung auch in Anspruch nehmen will.

Dominik Gresch, Stadtrat

In einem Fraktionsbericht war eine kritische Anmerkung zur gescheiterten Fusion von Uerkheim und Zofingen zu finden. Die Anfrage aus Uerkheim bezüglich dieser Zusammenarbeit ist nicht trotz, sondern wegen des gescheiterten Zusammenschlusses erfolgt. Uerkheim brauchte eine Lösung und Zofingen hat – unter der Voraussetzung, dass die notwendigen Ressourcen heute gesprochen werden – sowohl die personelle als auch räumliche Möglichkeit, eine solche Zusammenarbeit aufzunehmen.

Bereits vor einem Jahr wurden für die Geschäfte im Einwohnerrat zwei Modelle berechnet und einander gegenübergestellt. Welches Berechnungsmodell zur Anwendung kommt, hängt von der Anzahl Stunden ab. Bei einem Aufwand bis zu 200 Std. jährlich wird der Einheits-Stundenansatz von CHF 140 angewendet. Dieser resultiert aus einer Mischrechnung. Bei einem grösseren Aufwand ist das Modell mit Sockelaufwand lohnender. Darin wird differenziert zwischen den Stunden, die in der Sozialhilfe anfallen (inkl. Führungsanteil) und denjenigen für die Administration. Im Einheits-Stundenansatz ist diese Differenzierung nicht enthalten, weshalb der Ansatz höher ist. Je nach Höhe der Fallzahlen kommt das eine oder das andere Modell zum Tragen.

Die Gemeindeversammlung Uerkheim hat den Gemeindevertrag am 3. Juni 2016 genehmigt. Er bitet den Einwohnerrat, der Zusammenarbeit ebenfalls zuzustimmen.

Miriam Ruf-Eppler, Ratspräsidentin

Die Vorlage wird im Detail beraten. Nachdem das Wort nicht verlangt wird, folgt die Abstimmung über den stadträtlichen Antrag:

Der Gemeindevertrag mit Uerkheim für die Übernahme der Aufgaben in der Sozialhilfe und im Kindes- und Erwachsenenschutz mit Wirkung ab 1. Januar 2017 sei zu genehmigen und den daraus resultierenden personellen, finanziellen und infrastrukturellen Auswirkungen sei zuzustimmen.

Dem stadträtlichen Antrag wird mit 36:0 Stimmen zugestimmt.

Art. 65

Abwasserbeseitigung

GK 112

Bewilligung Investitionskredit 2016 für die Sanierung des Abwassernetzes Zofingen und Ortsteil Mühlethal (Umsetzung GEP)

Liliane Hofer, Referentin FGPK

Mit dem GEP besitzt Zofingen eine strategische Planung für den Unterhalt der Abwasserinfrastrukturen, mit welcher gewährleistet ist, dass sich diese Infrastrukturen immer in einem guten Zustand befinden. Die FGPK hat an ihrer Sitzung vom 25. Februar 2016 dem Investitionskredit von CHF 716'000 einstimmig (8:0 Stimmen) ohne grosse Diskussionen zugestimmt.

Bei der Vorbereitung des Votums fiel dann doch eine Diskrepanz zwischen Vorlage und Budgetposten von über CHF 200'000 (43,2 %) auf, weshalb eine entsprechende Abklärung bei der Abteilung Tiefbau und Planung erfolgte. Offenbar kam es zu einem Missverständnis zwischen dieser Abteilung und der Abteilung Finanzen, weil 2016 zum ersten Mal die beiden Kredite (Zofingen und Ortsteil Mühlethal) zusammengelegt wurden. Im Finanz- und Investitionsplan sind ab 2017-2025 je zwischen CHF 400'000 bis CHF 500'000 für den Unterhalt des Abwassernetzes eingestellt. Für den Ortsteil Mühlethal werden jedoch jährlich ca. CHF 300'000, für Zofingen ca. CHF 400'000 benötigt. Somit fehlen jährlich ungefähr CHF 200'000 bis CHF 300'000 im Investitionsplan. Die Aufwendungen für den Unterhalt der Abwasserinfrastruktur für den Ortsteil Mühlethal stehen in einem krassen Missverhältnis zu denjenigen von Zofingen, ist das Netz in Zofingen doch ungefähr sechs Mal grösser. Deshalb tut Zofingen bei weiteren Fusionsabsichten gut daran, die Infrastrukturen allfälliger Fusionspartner gut unter die Lupe zu nehmen.

Die FGPK empfiehlt die Annahme des Geschäftes. Gleichzeitig wird der Stadtrat darum gebeten, den Finanz- und Investitionsplan ab 2017 entsprechend anzupassen.

Eintreten ist nicht bestritten.

Irma Jordi, DYM

Zu diesem Geschäft kann nicht viel erwähnt werden. Es wird als richtig und sehr wichtig erachtet, in diese Infrastruktur zu investieren, weshalb die Fraktion DYM dem Geschäft zustimmen wird.

Maja Freiermuth, FDP

Auch die FDP-Fraktion stimmt GK 112 zu. Nicht alle Mitglieder sind aber damit einverstanden, dass die generelle Entwässerungsplanung immer so umgesetzt werden muss, wie dies gehandhabt wird. Es sollte eher eine situative, anstelle der globalen Prüfung erfolgen.

Andreas Rüegger, Stadtrat

Die Bitte von Liliane Hofer wird selbstverständlich berücksichtigt. Die Korrektur wird im Entwurf des aktualisierten Finanz- und Investitionsplans zu finden sein. Er entschuldigt sich für den Fehler, der mit der Zusammenlegung beider Kredite passiert ist.

Es wurde bereits früher ausgeführt, dass die Abwasseranlagen des Ortsteils Mühlethal in keinem guten Zustand sind. Bei der Fusion bestand bereits ein GEP, die Zustandsaufnahme wurde jedoch schlecht erfasst. Sollten weitere Fusionsprojekte geplant werden, so wird insbesondere den Abwasserinfrastrukturen ein besonderes Augenmerk geschenkt.

Abschliessend bittet Andreas Rüegger den Rat um Zustimmung zum Geschäft.

Miriam Ruf-Eppler, Ratspräsidentin

Die Vorlage wird im Detail beraten. Das Wort wird nicht verlangt, daher folgt die Abstimmung über den stadträtlichen Antrag:

Für die Sanierung der Abwasserleitungen im Gebiet Trinermatten sowie im Bereich des Postweges, der Dorfstrasse, des Dörfliains und Rütihubelwegs im Ortsteil Mühlethal sei zu Lasten der Spezialfinanzierung Abwasserbeseitigung ein Bruttokredit von CHF 716'000 (inkl. MWST), zuzüglich allfälliger Teuerung, zu bewilligen.

Der stadträtliche Antrag wird mit 35:1 Stimmen genehmigt.

Art. 66

Kreditbewilligungen**GK 123****Altachenbach – Sanierung der Eindolung im Abschnitt Rotfarbstrasse bis Wigger****Rudolf Günthardt, Referent FGPK**

Die FGPK konnte sich bei einer intensiven Diskussion anhand von Bildern und Fotos überzeugen, wie marode dieser Bachübergang aussieht. Nachdem Zofingen lediglich einen Anteil von ca. CHF 140'000 an den Gesamtinvestitionen tragen muss, empfiehlt die FGPK einstimmig (6:0 Stimmen) Zustimmung zu diesem Geschäft.

Eintreten ist nicht bestritten.

Anders Sjöberg, DYM

Die Sachlage ist eindeutig, teilweise besteht sogar Einbruchgefahr und eine Gewichtsbeschränkung musste verhängt werden. Der Zustand der Brücke auf der Rotfarbstrasse ist soweit in Ordnung, dort ist keine Verkehrsbeschränkung notwendig. Die Sanierung bedeutet aber eine zweite Baustelle an der Strengelbacherstrasse. Der Stadtrat soll dies berücksichtigen, da die Rotfarbstrasse bereits heute als Umfahrungsstrasse benutzt wird.

Das Geschäft ist in der Fraktion DYM jedoch unbestritten, weshalb es Zustimmung finden wird.

Thomas Bühler, SVP

In der SVP-Fraktion war GK 123 unbestritten. Wie aus dem FGPK-Protokoll entnommen werden konnte, liegt auch eine entsprechende Bankgarantie der betroffenen Firma vor, was sehr begrüsst wird.

Die SVP-Fraktion wird das Geschäft gutheissen.

Sascha Antenen, SP/JUSO

Auch die SP/JUSO-Fraktion wird dem Geschäft einstimmig zustimmen, da der Zustand für sich spricht.

Maja Freiermuth, FDP

Die FDP-Fraktion hat lediglich einen kleinen Rechnungsfehler zu beanstanden.

Andreas Rügger, Stadtrat

In der Tabelle auf Seite 4 findet sich der erwähnte Rechnungsfehler. Die Beträge von CHF 926'000 und CHF 54'000 ergeben ein Gesamttotal von CHF 980'000 und nicht den beantragten Betrag von CHF 972'000. Die Differenz ist aufgrund von Rundungsdifferenzen (bei der Position Verschiedenes und Unvorhergesehenes) entstanden. Nichtsdestotrotz hält der Stadtrat an den beantragten CHF 972'000 fest, da er überzeugt ist, die Sanierung zu diesem Betrag durchführen zu können.

Ergänzend macht er einige Ausführungen zur Verkehrsführung. Wie der Kanton mitgeteilt hat, sollte die Baustelle an der Strengelbacherstrasse mit der gesperrten Mühlemattstrasse bis November abgeschlossen sein. Die in Etappen erfolgende Sanierung beginnt im Sommer, es sollte daher möglich sein, jeweils von einer Seite her uneingeschränkt in dieses Gebiet zu gelangen.

Mit der Livit wurde anstelle der angesprochenen Bankgarantie neu vereinbart, dass diese Akontozahlungen leisten werden. Somit ist jederzeit sichergestellt, dass die aufgelaufenen Kosten gedeckt sind. Da eine Bankgarantie über diese Summe sehr teuer zu stehen kommt, hat man sich auf diese Lösung geeinigt.

Miriam Ruf-Eppler, Ratspräsidentin

Die Vorlage wird im Detail beraten. Da das Wort nicht verlangt wird, folgt der Antrag über den stadträtlichen Antrag:

Für die Sanierung des eingedolten Altachenbachs im Abschnitt Rotfarbstrasse bis Wigger sei zulasten der Spezialfinanzierung Abwasserbeseitigung ein Bruttokredit von CHF 972'000 (inkl. MWST), zuzüglich allfälliger Bauteuerung, abzüglich Beiträge Dritter, zu bewilligen.

Dem stadträtlichen Antrag wird mit 36:0 Stimmen zugestimmt.

GK 124

**Hauptstrasse K315 Mühlethal – Ausbau (2. Etappe, Abschnitt Geiserstrasse bis Linden)
Hauptstrasse mit Radstreifen, Rad- und Gehweg, Strassenbeleuchtung und Bus-Warteeinrichtungen**

Rudolf Günthardt, Referent FGPK

Der betroffene Abschnitt in diesem Geschäft, welcher eng, unübersichtlich und beschädigt ist, dürfte allen bekannt sein. Die Ausführung ist dringend notwendig und es ist sinnvoll, dass die Vorbereitungsarbeiten – insbesondere auch die Gespräche bezüglich Landerwerbs mit den ungefähr 40 be-

troffenen Parteien – jetzt an die Hand genommen werden, auch wenn der Bau noch länger nicht ausgeführt wird. Von den Gesamtkosten von CHF 7 Mio. entfällt auf Zofingen ein Anteil von ungefähr CHF 1,24 Mio., da ein grosser Teil dieses Abschnitts im Ausserortsbereich liegt.

Die FGPK empfiehlt mit 6:0 Stimmen (einstimmig) die Zustimmung zu diesem Geschäft.

Eintreten ist nicht bestritten.

Martin Willisegger, SVP

Nach einem erfolgreichen Abschluss des ausgebauten Teilstücks der 1. Etappe war absehbar, dass auch die 2. Etappe folgen wird. Die Notwendigkeit des Ausbaus ist in der SVP-Fraktion unbestritten, da die Mängel offensichtlich sind. Etwas erstaunt hat die Tatsache, dass ein Teil der Strasse als Ausserortsbereich klassifiziert ist. Dadurch verringert sich der Gemeindeanteil um gut CHF 2,5 Mio. auf den vorerwähnten Betrag. Sich gegen diese Vorlage zu stellen, wäre unsinnig, da es keinen Sinn macht, nur einen Teil der Strasse zu sanieren. Zudem ist der Gemeindeanteil im Verhältnis zu den Gesamtkosten relativ günstig. Nach Abschluss der 2. Etappe kann auf ein rundum gelungenes Bauprojekt zurückgeblickt werden.

Die SVP-Fraktion stellt sich einstimmig hinter die drei Anträge.

Urs Plüss, DYM

Auch die Fraktion DYM hat das Geschäft, welches die Bedürfnisse für die kommenden Jahrzehnte abdecken wird, eingehend geprüft. Es wird auf Fauna und Flora Rücksicht genommen, die Situation für die Fussgänger und den Langsamverkehr wird verbessert, es sollen behindertengerechte Buswartehäuschen mit den nötigen Vogelschutzmassnahmen erstellt werden und auch die Werkleitungen von Telekommunikation, Strom und Wasser werden gleichzeitig verlegt. Einziger Risikofaktor ist der finanzielle Aufwand für den Landerwerb, der sicherlich hohe Kosten generieren wird.

Die Fraktion DYM wird den Anträgen grossmehrheitlich zustimmen.

Urs Plüss stellt gleichzeitig seine beiden **Detailfragen**, die einerseits die in **Punkt 3** (Seite 3) erwähnten **Anliegen des Vogelschutzes** betreffen. Um welche Anliegen handelt es sich dabei? Die andere Frage betrifft **Punkt 14 Strassenbeleuchtung** (Seite 5). Schreiben kantonale Vorschriften dieses grosse Ausmass an Beleuchtung vor? Wäre es allenfalls möglich, eine Reduktion der Beleuchtung vorzunehmen?

Maja Freiermuth, FDP

Kostengünstiger kann dieser Strassenabschnitt vermutlich nie mehr saniert werden. Daher wird die FDP-Fraktion die ersten beiden Anträge einstimmig gutheissen. Antrag 3 wird vereinzelt abgelehnt.

Peter Lack, SP/JUSO

Die SP/JUSO-Fraktion kann das Geschäft nicht einstimmig gutheissen. Natürlich handelt es sich um eine logische Folge nach der vorangegangenen Etappe und der Kostenfaktor ist sehr attraktiv. Auch spricht die ganzheitliche Durchführung der geplanten Arbeit für GK 124. Der andere Aspekt ist jedoch, dass durch den Ausbau der Hauptstrasse ein sehr schnelles Befahren dieser Strecke möglich ist. Es fällt bereits jetzt auf, dass die Geschwindigkeiten insgesamt höher sind und Motorräder hochtouriger fahren, um die Kurve möglichst schnell und eng zu befahren.

Gegen den Ausbau spricht, dass die Rennstrecke ergänzt und noch attraktiver wird. Auf der zweiten Etappe befinden sich zwei unübersichtliche Stellen, die regelmässig von Schüler/innen oder Spaziergänger/innen überquert werden. Da an diesen Stellen Fussgängerstreifen fehlen, ist diese Situation eher fordernd und risikobehaftet. Die aktuelle Streckenführung lässt ein schnelles Fahren nicht

zu, was zu vorsichtigerem Fahren führt und verkehrsberuhigend wirkt. Im Projekt fehlen verkehrsberuhigende Massnahmen und Fussgängerstreifen, welche den Weg für die Kinder und anderen Passanten sicherer gestalten würden. Sparen zu Lasten der Kinder kann nicht die richtige Lösung sein.

Andreas Rüegger, Stadtrat

Dieses Geschäft lag bereits einmal auf dem Tisch (GK 101), bevor es vom Stadtrat zurückgezogen wurde. Gegenüber dem ursprünglichen Projekt erfolgten kleine Änderungen, welche nur den Ausserortsbereich betreffen, dadurch hat sich der Gemeindeanteil nicht verändert.

Das Projekt ist die konsequente Ergänzung und Weiterführung des bisherigen Projekts. Die Geologie und Topographie im Mühlethal ist sehr schwierig, deshalb liegt ein anspruchsvolles und teures Bauprojekt vor. Im oberen Teil ist lediglich eine moderate Verbreiterung der Strasse vorgesehen. In Zusammenarbeit mit dem Kanton ist geplant, bergseitig einen Velostreifen zu realisieren, um so eine kombinierte Fläche zu erhalten, welche den bergwärts fahrenden Radfahrer schützt. Zudem soll im obersten Bereich ein kombinierter Rad-/Gehweg erstellt werden, um die Sicherheit des Langsamverkehrs, der Schüler und Fussgänger zu verbessern.

Da in diesem Bereich oftmals auch Gruppen von Wanderern unterwegs sind, welche des Öfteren bei der Linde den Bus besteigen, sind Buswartehäuschen an dieser Stelle sehr sinnvoll. Da noch ein Postulat zum Thema „sichere Buswartehäuschen – auch für Vögel“ hängig ist, wurde bei diesem Geschäft nur sehr kurz darauf eingegangen. Die Beantwortung des parlamentarischen Vorstosses wird an der nächsten Sitzung erfolgen. Das Anliegen ist jedoch aufgenommen, deshalb werden diese Buswartehäuschen vogelsicher ausgestattet.

Der Kredit für die Strassenbeleuchtung soll dazu verwendet werden, die gesamte Strecke mit LED-Beleuchtung auszurüsten. Dadurch kann in Zukunft ein smartes, intelligentes System eingeführt werden. Im Rahmen des Plans Lumière, welcher in zweiter Etappe auch ausserhalb der Altstadt umzusetzen ist, soll auch in Mühlethal die Möglichkeit bestehen, nachts das Licht zu reduzieren.

Auch die Verkehrssicherheit – insbesondere der Schüler/innen – ist ein wichtiger Aspekt. Momentan sind keine weiteren Fussgängerstreifen geplant, im Rahmen des Projekts „Schulwegsicherheit“ wird die Situation geprüft und – falls nötig – Massnahmen getroffen.

Miriam Ruf-Eppler, Ratspräsidentin

Die Vorlage wird im Detail beraten.

Michael Wacker, SP/JUSO, sp

Er hat eine Bemerkung zu **II Ziele, Bestandteil und Beschreibung der 2. Etappe des Strassenbauprojekts / 4. Normalprofil/Strassenaufbau** (Seite 3). Darin ist zu lesen, das Normalprofil basiere auf den Begegnungsfall Lastwagen/Lastwagen bzw. Lastwagen/Bus oder landwirtschaftliches Fahrzeug. Solange der Ausbau auf dem Gemeindegebiet von Uerkheim nicht erfolgt ist, wird diese Situation wohl eher selten eintreten. Ist jedoch die ganze Strecke ausgebaut (von der Kirche Uerkheim bis Spital Zofingen), wird unweigerlich auch der Schwerverkehr angezogen.

Miriam Ruf-Eppler, Ratspräsidentin

Nachdem das Wort nicht mehr verlangt wird, folgen die Abstimmungen über die stadträtlichen Anträge:

1. *Für den Ausbau der Hauptstrasse Mühlethal (K315) im Abschnitt Geiserstrasse bis Linden mit Radstreifen/Rad- und Gehweg sei ein Verpflichtungskredit für den Gemeindeanteil von CHF 1'239'000, zuzüglich allfälliger Bauteuerung, zu bewilligen.*

Dem stadträtlichen Antrag wird mit 31:1 Stimmen zugestimmt.

2. *Für die Erneuerung und Ergänzung der Strassenbeleuchtung sei ein Verpflichtungskredit von CHF 120'000, zuzüglich allfälliger Bauteuerung, zu bewilligen.*

Dem stadträtlichen Antrag wird mit 32:1 Stimmen zugestimmt.

3. *Für die Erstellung der Bus-Warteeinrichtungen sei ein Verpflichtungskredit von CHF 98'000, zuzüglich allfälliger Bauteuerung, zu bewilligen.*

Dem stadträtlichen Antrag wird mit 26:4 Stimmen zugestimmt.

Art. 67

Parlamentarische Vorstösse

GK 68

Interpellation der SP/JUSO-Fraktion vom 20. Oktober 2014 betr. Sparmassnahmen im Budget des Kantons: Auswirkungen auf die Finanzen der Stadt Zofingen (Begründung; Antwort Stadtrat)

GK 104

Interpellation der SP/JUSO-Fraktion vom 19. Oktober 2015 betr. Beantwortung von GK 68 (Begründung; Antwort Stadtrat)

GK 105

Interpellation der SP/JUSO-Fraktion vom 19. Oktober 2015 betr. Sparmassnahmen im Budget des Kantons: Auswirkungen auf die Finanzen der Stadt Zofingen [Version 2015] (Begründung; Antwort Stadtrat)

Miriam Ruf-Eppler, Ratspräsidentin

Die drei eingereichten Interpellationen betreffen alle das gleiche Thema. Sie schlägt daher vor, alle drei Vorstösse zusammen zu behandeln.

Marcel Thüler, Fraktionschef SP/JUSO

Er bedankt sich für die Beantwortung der vor 20 Monaten eingereichten Fragen. Die Begeisterung über die Antworten hält sich in Grenzen. Als positiv ist zu werten, dass eine IG Wirtschaftsstandorte gegründet wurde, welche die Interessen der grösseren Aargauer Gemeinden vertritt, da der Rückhalt in der Gemeindeammännerversammlung offenbar nicht stark genug ist.

Die Beantwortung der Fragen hat indes nicht wirklich neue Erkenntnisse gebracht, was vermuten lässt, dass der Stadtrat über keine weiteren und anderen Informationen verfügt, so dass die Budgetierungen offenbar nicht genauer möglich sind und eher nach Gefühl erfolgen. Natürlich hat es einen Einfluss, dass nicht vorhergesehen werden kann, wie die Abstimmungsergebnisse jeweils aussehen. Es müsste jedoch allen klar sein, dass der Kanton zu Einsparungen gezwungen ist. Trotzdem sieht der Stadtrat offenbar keinen grösseren Handlungsbedarf. Es bleibt daher nichts anderes, als diese Haltung zur Kenntnis zu nehmen und inskünftig bei der Budgetdebatte noch besser hinzuschauen.

Sascha Antenen, SP/JUSO, juso

Der Kanton Aargau spart nicht nur, er baut momentan Leistungen ab. Erfolgt an einem Ort ein Abbau, so muss ein anderer diese Aufgaben übernehmen, sonst kann man nicht attraktiv bleiben. Heute wurde bereits ausgeführt, dass Zofingen weiterhin eine attraktive Stadt bleiben will. Um das zu erreichen, gibt es keine andere Lösung, als gewisse Dinge selber zu finanzieren. Deshalb muss zukünftig beim Budgetieren doch ein Blick in Richtung Aarau oder sogar nach Bern geworfen werden. Der Stadtrat und alle am Budgetprozess Beteiligten sind daher aufgefordert, gewisse Ausfälle zu kompensieren, um die Attraktivität zu halten. Zudem werden die Zofinger Vertreterinnen und Vertreter im Grossen Rat darum gebeten, dafür besorgt zu sein, dass solche Abbaumassnahmen gar nicht erst zur Anwendung kommen. Der Volkswille zu weiteren Abbaumassnahmen ist zu beachten.

Art. 68

Umfrage

Hinweis der Protokollführung

An der Einwohnerratssitzung wurden zuerst alle Fragen gestellt, und danach folgten die Beantwortungen durch den Stadtrat. Aus Gründen der Übersichtlichkeit folgt im Protokoll die jeweilige Beantwortung gleich nach der Frage.

Maja Freiermuth, FDP

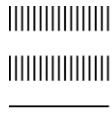
Am Mittwoch vor Auffahrt ereignete sich in der Bar, in welcher sie arbeitstätig ist, ein Vorfall. Gemäss den kantonalen Regelungen gelten Vorfeiertage als Sonntage, womit eine verlängerte Öffnungszeit bis 02.00 Uhr erlaubt ist. Um 00.30 Uhr musste die Bar auf Intervention der Polizei geschlossen und die noch zum Verkauf bestimmten Getränke mussten ausgeschüttet werden. Obwohl die ausgefüllte Busse schlussendlich nicht bezahlt werden musste, da kein Fehlverhalten vorlag, entstand ein finanzieller Schaden aufgrund der Tatsache, dass für die restliche Zeit von 1,5 Stunden kein Getränkeverkauf mehr erfolgen konnte. Maja Freiermuth erkundigt sich daher, ob die Polizeibeamten vor solchen Feiertagen auf die gesetzlichen Regelungen aufmerksam gemacht werden oder ob sie dazu Lehrgänge oder Weiterbildungen besuchen. Zudem interessiert es sie, ob allenfalls Rückstellungen gemacht werden, um solche Verluste bzw. finanzielle Schäden auszugleichen.

Christiane Guyer, Stadträtin

Grundsätzlich erfolgen Kontrollen dazu, ob und was bewilligt oder nicht bewilligt ist. Aufgrund der Schilderung des Vorfalls muss von einer Panne ausgegangen werden. Wo der Fehler gelegen hat, muss zuerst abgeklärt werden. Sie nimmt die Anfrage mit und wird die Details dazu klären.

Michael Wacker, SP/JUSO, sp

Seine Fragen betreffen das Vespa-Treffen vom kommenden Samstag in der Zofinger Altstadt. Er selber bezeichnet diesen Anlass als Töffrennen. Wer hat dieses Treffen bewilligt? Gilt an diesem Nachmittag die eidg. Signalisationsverordnung und das Strassenverkehrsgesetz in der Fussgängerzone? Falls ja, wer kontrolliert die Einhaltung der Gesetzgebung? Muss in Zukunft mit weiteren Veranstaltungen gerechnet werden, bei welchen in der Fussgängerzone motorisierter Verkehr zugelassen wird?



Christiane Guyer, Stadträtin

Das Bewilligungswesen liegt beim Stadtbüro, daher müssen auch diese Fragen zuerst abgeklärt werden. Die Idee von Piazza besteht darin, die Altstadt zu beleben, es kann jedoch nicht das Ziel sein, ein Töffrennen durchzuführen.

Rudolf Günthardt, FDP

Die FDP-Fraktion ist an einem Update der Angelegenheit mit der Pensionskasse interessiert.

Hans-Ruedi Hottiger, Stadtkammann

Die Angelegenheit mit der Aargauischen Pensionskasse neigt sich dem Ende zu. Man hat sich darauf geeinigt, dass die Rentner bei der APK verbleiben. Die Ausfinanzierung musste jedoch aufgrund des gefällten Urteils des Bundesgerichts im Fall Rudolfstetten vorgenommen werden. Bei der Berechnung der Zinssätze konnte dank bestehender Präzedenzfälle trotzdem noch einiges gutgemacht werden.

Bei den aktiven Versicherten laufen jedoch nach wie vor die Verhandlungen, da noch immer Differenzen bestehen. Es besteht noch Hoffnung, dass nicht der Worst-Case-Fall eintritt, trotzdem wird es wahrscheinlich darauf hinauslaufen, dass die Ausfinanzierung der Wertschwankungsreserve übernommen werden muss, obwohl das Bundesgerichtsurteil sehr fragwürdig ist.

Miriam Ruf-Eppler, Ratspräsidentin

Sie bittet die Ratsmitglieder, sich den 19. August 2016 zu reservieren, da an dem genannten Freitag der nächste Waldgang stattfindet. Die nächste Einwohnerratssitzung findet am 19. September 2016 statt. Abschliessend wünscht sie allen einen schönen Sommer, eine wunderbare Kinderfestwoche und ein warmes sowie sonniges Kinderfest bevor sie die Sitzung um 20.34 Uhr schliesst.

Für getreues Protokoll:

Miriam Ruf-Eppler
Ratspräsidentin

Cornelia Zürcher
Protokollführerin